

- c) *Regelung von Einzelfragen, die sich aus dem Waren- und Devisenverkehr zwischen dem Saarland und der übrigen Bundesrepublik ergeben. Laufende Zusammenarbeit mit den zuständigen französischen Dienststellen in Paris,*
- d) *Ausführung von Sondervereinbarungen, die für das Verhältnis Saar / Frankreich gelten und die eine direkte Behandlung mit den zuständigen Ministerien erforderlich macht*<sup>68</sup>.

Mit dem vorgesehenen Ende der wirtschaftlichen Übergangszeit am 31. Dezember 1960 sollte die Saarabteilung ihre Arbeit einstellen. Nach dem tatsächlichen Ende der Übergangszeit am 5. Juni 1959 beschloß die saarländische Regierung am 21. Oktober 1959, die saarländische Gruppe bei der Botschaft in Paris bis zum 31. März 1961 beizubehalten, obwohl der Finanzminister erklärt hatte, der Übernahme weiterer finanzieller Lasten durch den Landeshaushalt nicht zustimmen zu können<sup>69</sup>. Am 26. Oktober 1960 teilte das Auswärtige Amt in Bonn mit, daß der Bundesfinanzminister zugestimmt habe, zwei Beamten- und zwei Angestelltenstellen dieser Abteilung aus dem Bundeshaushalt zu bezahlen. In den folgenden Jahren wurde die Tätigkeit der Saarabteilung immer wieder verlängert, allerdings drängten das Auswärtige Amt und der Bundesfinanzminister darauf, das Personal zu verringern. Vorübergehend übernahm daher die Landesregierung wieder die Personalkosten. Die Auflösung der Abteilung erfolgte schließlich erst zum 30. Juni 1968, denn am 1. Juli 1968 trat die Zollunion aufgrund der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft<sup>70</sup>.

Damit endete trotz gegenteiliger Wünsche der saarländischen Wirtschaft die gesonderte amtliche Vertretung des Saarlandes bei der französischen Regierung in Paris und bei der französischen Wirtschaft. Die Landesregierung regte jetzt an, *im Benehmen mit den interessierten saarländischen Wirtschaftsgremien andere Möglichkeiten zu prüfen und vorzuschlagen, die eine erfolversprechende Wahrung der saarländischen Wirtschaftsinteressen in Paris garantieren*<sup>71</sup>.

<sup>68</sup> 25.1.1957, Dienststelle der Bundesregierung in Saarbrücken an Staatskanzlei betr. Einrichtung einer saarländischen Gruppe bei der deutschen Botschaft in Paris, LA.SB, StK 3423.

<sup>69</sup> 19.9.1959, Finanzminister an Wirtschaftsminister, LA.SB, Stk 1569.

<sup>70</sup> LA.SB, Stk 1569.

<sup>71</sup> 21.2.1969, Chef der Staatskanzlei Dr. Merz an Geschäftsführer der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke, Dr. Hans-Werner Osthoff, LA.SB, Stk 1569.